

Einschätzung der Folgen der demografischen Entwicklung

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2014). *Einschätzung der Folgen der demografischen Entwicklung*. (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-458720>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

**Einschätzung der Folgen
der demografischen Entwicklung**

INHALT

	Seite
DEMOGRAFISCHER WANDEL – FÜR DIE MEISTEN EIN THEMA VON UNTERGEORDNETER BEDEUTUNG	1
EINSCHÄTZUNG DER KONSEQUENZEN DER ALTERUNG DER GESELLSCHAFT	7
POLITIK GEGEN DIE INTERESSEN DER JUNGEN GENERATION?	14
MASSNAHMEN ZUR BEWÄLTIGUNG DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS	19

TABELLEN-TEIL

	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I

TABELLEN	Tabelle
----------	---------

Generationenkonflikt

Für wen wird heutzutage hauptsächlich Politik gemacht: für die ältere, die mittlere oder die jüngere Generation?	1
Werden die Interessen der jüngeren Generation von der Politik ausreichend berücksichtigt?	2
Wer profitiert mehr: die Jüngeren oder die Älteren?	3 a,b

Tabelle

Demografischer Wandel

Wie sehr beschäftigt einen das Thema 'Demografischer Wandel'?	4
Einfluss der Überalterung der Gesellschaft auf das persönliche Umfeld	5
Rechnet man eher mit positiven oder negativen Auswirkungen für sich persönlich?.....	6 a,b
Einfluss der Überalterung der Gesellschaft auf die Zukunft Deutschlands	7
Rechnet man eher mit positiven oder negativen Auswirkungen für Deutschland?.....	8 a,b
Merkt man am eigenen Wohnort bzw. in der Region etwas vom demografischen Wandel?.....	9
Sieht man für Deutschland im demographischen Wandel mehr die Chancen oder mehr die Risiken?	10
Erwartete Folgen, wenn es in Deutschland immer mehr Ältere und immer weniger Jüngere gibt.....	11 a-d
Möglichkeiten, um die Auswirkungen des demografischen Wandels in den Griff zu bekommen	12 a-d

Häusliche Pflege

Gibt es pflegebedürftige Familienangehörige?	13
Pflegt man selbst Familienangehörige?	14 a,b
Käme die Pflege von Familienangehörigen für einen selbst in Frage?	15 a,b

Renteneintrittsalter

Werden im eigenen Betrieb bzw. Unternehmen ältere Mitarbeiter so früh wie möglich in Rente geschickt?	16
Möchte man früher oder später als gesetzlich vorgesehen in Rente gehen?	17
Bis zu welchem Alter könnte man sich vorstellen, länger zu arbeiten?	18

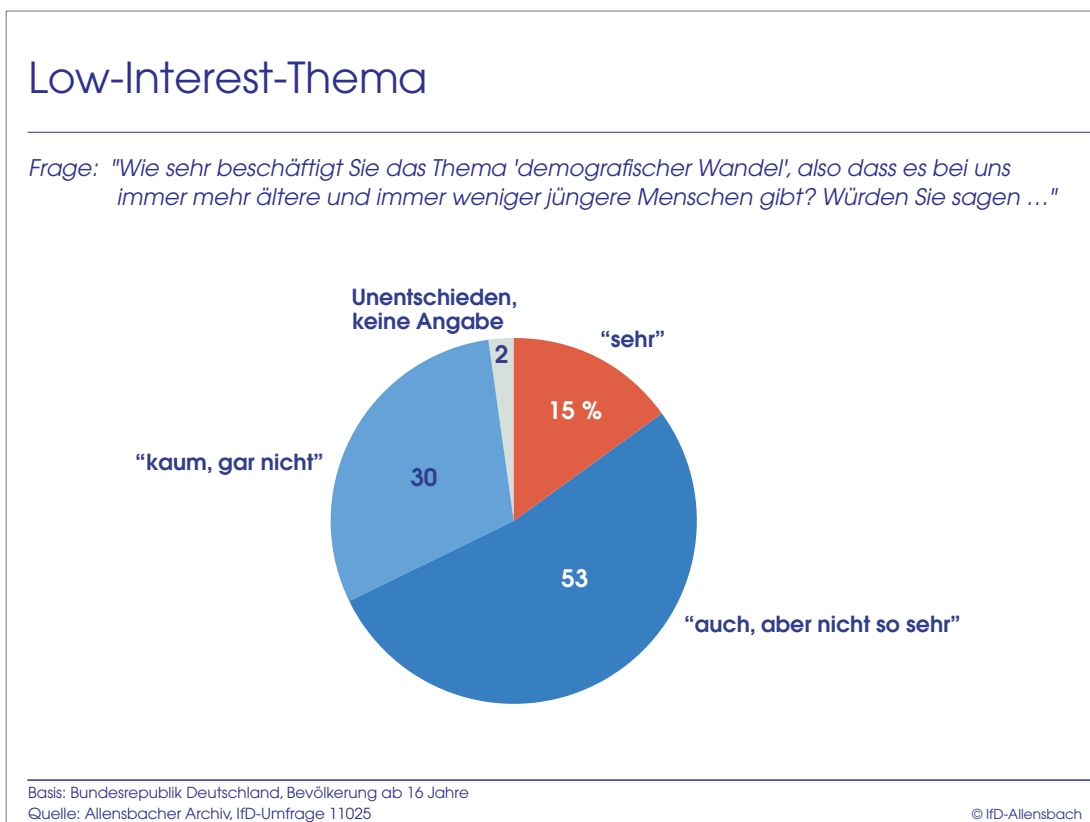
ANHANG

Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppe
Fragebogenauszug mit Anlagen

DEMOGRAFISCHER WANDEL – FÜR DIE MEISTEN EIN THEMA VON UNTERGEORDNETER BEDEUTUNG

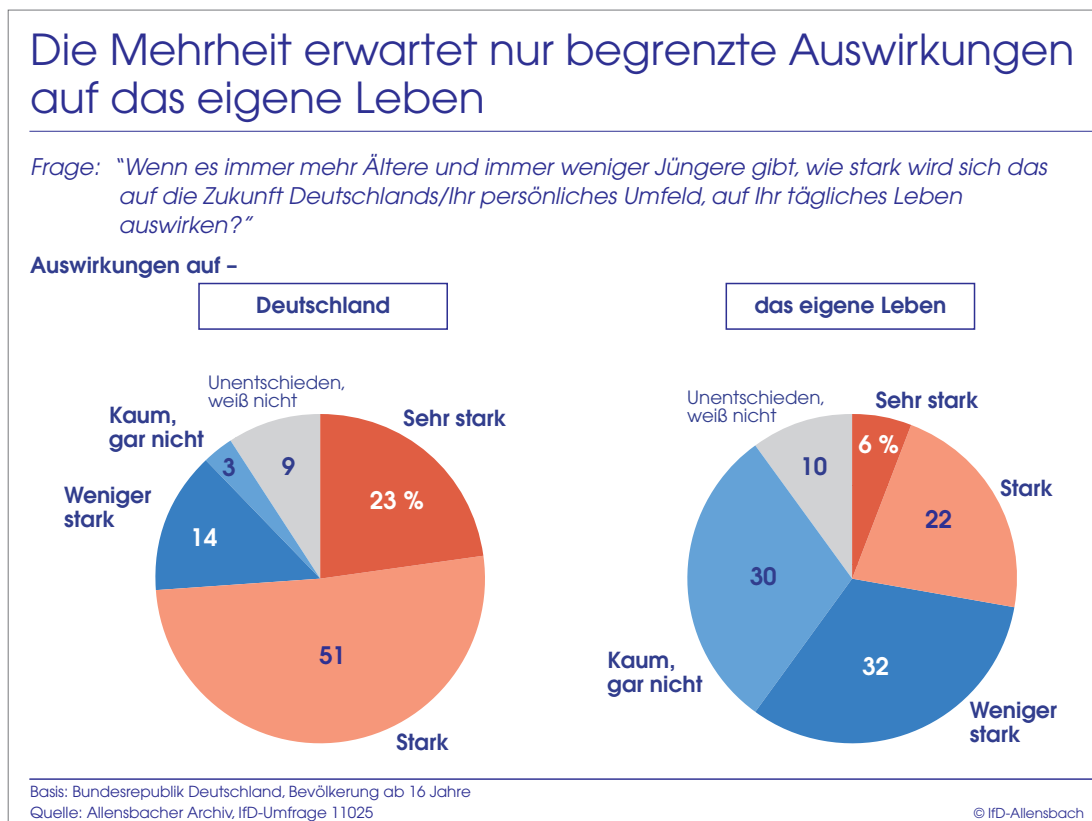
Entwicklungen, die sich langsam und kontinuierlich vollziehen, liegen oft im Windschatten der öffentlichen Aufmerksamkeit – selbst, wenn sie von großer Tragweite sind. Das gilt ausgeprägt für den demografischen Wandel, der das Land zunehmend verändert und insbesondere die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen stellt. Nur eine kleine Minderheit der Bürger setzt sich jedoch intensiv mit diesem Thema auseinander. 15 Prozent beschäftigt dieses Thema sehr, 53 Prozent nur begrenzt und die übrigen kaum oder gar nicht.

Schaubild 1



Die jüngere und mittlere Generation, die die Auswirkungen des demografischen Wandels künftig bewältigen müssen, setzen sich mit diesem Thema nicht mehr auseinander als die ältere Generation.¹ Gleichzeitig ist der großen Mehrheit durchaus bewusst, dass die demografische Entwicklung die Zukunft des Landes stark prägen wird. Drei Viertel der Bürger gehen davon aus, dass die Alterung der Gesellschaft das Land stark oder sogar sehr stark verändern wird; lediglich 3 Prozent erwarten keinerlei nennenswerte Auswirkungen. Diese Analyse für die Makroebene wird jedoch nicht auf das eigene Lebensumfeld übertragen. Während die überwältigende Mehrheit davon ausgeht, dass die demografische Entwicklung das Land sehr stark beeinflussen wird, rechnet nur gut ein Viertel der Bevölkerung mit größeren Auswirkungen auf das eigene Leben. Ein Drittel hält die Auswirkungen auf das eigene Leben für begrenzt, weitere 30 Prozent für völlig vernachlässigbar.

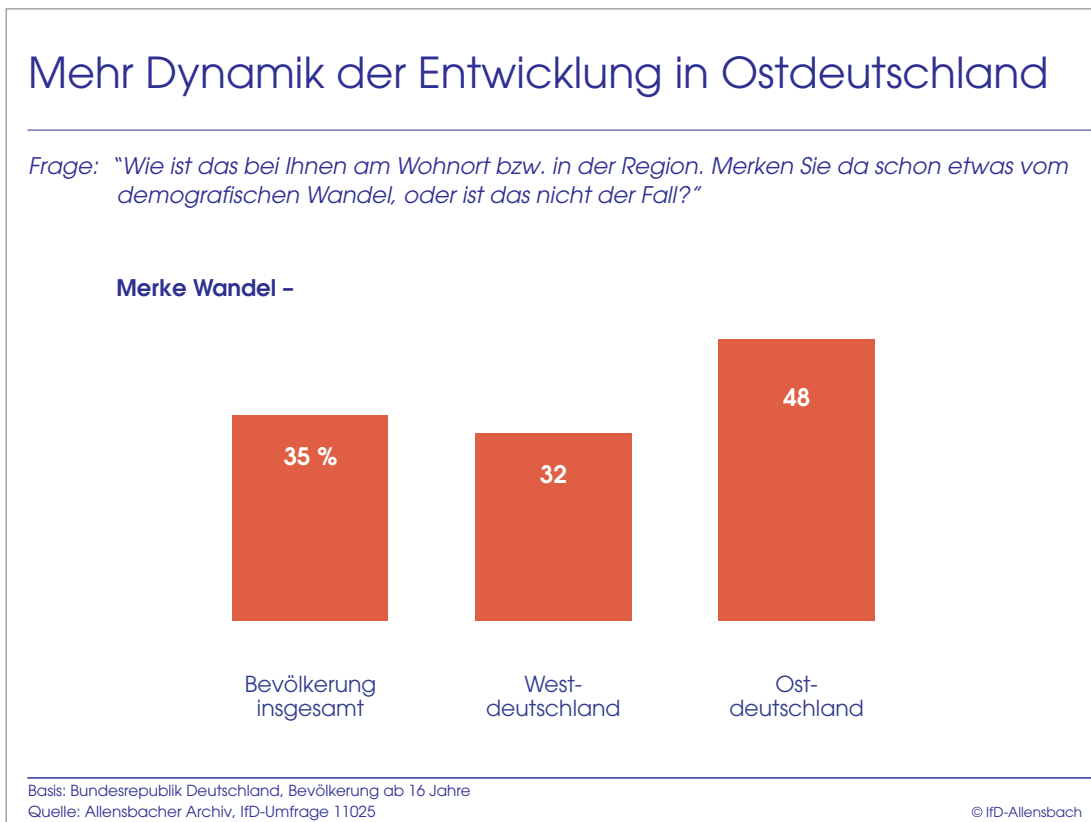
Schaubild 2



¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 4

Die junge Generation geht überdurchschnittlich davon aus, dass der demografische Wandel sie persönlich betrifft, ihren Alltag, ihre Belastungen und Chancen verändert. Auch bei den Unter-30-Jährigen gehen jedoch nur 32 Prozent davon aus, dass die demografische Entwicklung sie stark betrifft.¹ Die ostdeutsche Bevölkerung geht noch weniger als die westdeutsche davon aus, dass die demografische Entwicklung sie persönlich betrifft. 28 Prozent der Westdeutschen, 24 Prozent der Ostdeutschen erwarten Konsequenzen der Alterung der Gesellschaft für ihr eigenes Leben. Dies ist bemerkenswert, da die ostdeutsche Bevölkerung in ihrem Umfeld weitaus mehr Anzeichen des demografischen Wandels beobachtet, als dies die westdeutsche Bevölkerung tut. 32 Prozent der westdeutschen, aber 48 Prozent der ostdeutschen Bürger geben zu Protokoll, dass sie an ihrem Wohnort bzw. in ihrer Region den demografischen Wandel beobachten können. Durch die Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands vollzieht sich die Alterung in Teilen Ostdeutschlands ja faktisch weitaus dynamischer, als dies in Westdeutschland der Fall ist. Entsprechend hat Ostdeutschland einen signifikant höheren Anteil überalterter Regionen mit den ganzen Konsequenzen für die Infrastruktur.

¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 5



Trotzdem entsteht daraus zumindest bisher in Ostdeutschland kein stärkeres Gefühl der persönlichen Betroffenheit durch die demografische Entwicklung. Zudem werden die Konsequenzen für das eigene Leben wesentlich neutraler bewertet als die Konsequenzen für das Land. Diejenigen, die davon ausgehen, dass die demografische Entwicklung das Land verändern wird, rechnen weit überwiegend mit negativen Folgen. 63 Prozent sind überzeugt, dass die demografische Entwicklung vor allem zu negativen Konsequenzen führt; in Bezug auf das eigene Leben gehen lediglich 28 Prozent davon aus, während 23 Prozent sowohl positive wie negative Folgen erwarten und 40 Prozent sich über die Folgen für das eigene Leben überhaupt keine Gedanken machen.

Schaubild 4

Auch die Bewertung der Konsequenzen divergiert stark

Frage: "Wenn es immer mehr Ältere und immer weniger Jüngere gibt, wie stark wird sich das auf die Zukunft Deutschlands/Ihr persönliches Umfeld, auf Ihr tägliches Leben auswirken?"

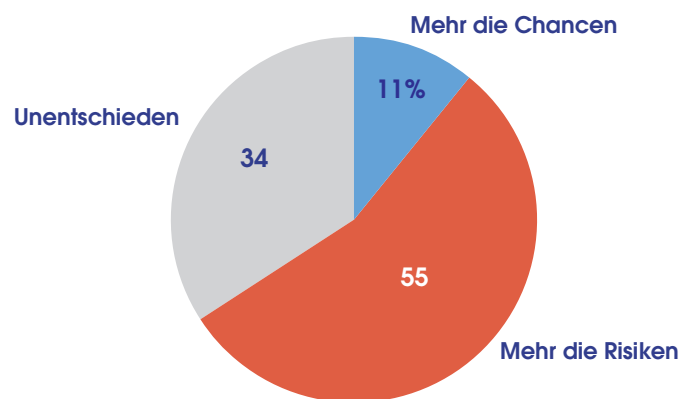
	Auswirkungen auf -	
	Deutschland	das eigene Leben
	%	%
Es rechnen mit Auswirkungen	87	60
Und zwar mit:		
eher positiven	3	4
eher negativen	63	28
Weder noch, gleichen sich aus	16	23
Unentschieden, keine Angabe	5	5
Demografischer Wandel wird sich "kaum, gar nicht" auswirken bzw. keine Angabe	13	40
	<i>100</i>	<i>100</i>

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025 © IfD-Allensbach

Insgesamt sieht die Bevölkerung den demografischen Wandel primär als ein Risiko-Szenario und nicht primär als eine Vermehrung von Chancen. Während oft gefordert wird, dem demografischen Wandel auch positive Seiten abzugewinnen, sind 55 Prozent der Bürger überzeugt, dass eindeutig die Risiken überwiegen; nur 11 Prozent sehen überwiegend Chancen; jeder Dritte ist in dieser Frage unentschieden.

Demografischer Wandel: für die meisten ein Risiko-Szenario

Frage: "Wenn vom demografischen Wandel die Rede ist, was überwiegt dann bei Ihnen:
Sehen Sie da für Deutschland alles in allem mehr die Chancen oder mehr die Risiken?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

EINSCHÄTZUNG DER KONSEQUENZEN DER ALTERUNG DER GESELLSCHAFT

Wenn detailliert die möglichen Konsequenzen der demografischen Entwicklung abgefragt werden, so wird deutlich, dass der überwältigenden Mehrheit der Bürger die Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme durchaus bewusst sind. So gehen annähernd 80 Prozent der Bevölkerung davon aus, dass die demografische Entwicklung zu steigenden Beiträgen zur Rentenversicherung bei gleichzeitig sinkenden Rentenleistungen führen wird; 78 Prozent erwarten auch, dass sich die Lebensarbeitszeit künftig weiter verlängert. Auch die Auswirkungen auf die Krankenversicherung werden ähnlich kritisch eingeschätzt: So erwarten annähernd drei Viertel der Bürger, dass die Kassenbeiträge künftig aufgrund der demografischen Entwicklung steigen werden; 69 Prozent rechnen gleichzeitig damit, dass es trotz der steigenden Beiträge zu Leistungskürzungen kommt. 43 Prozent sehen sogar voraus, dass unsere sozialen Sicherungssysteme in Gefahr geraten, zusammenzuberechnen.

Auch die möglichen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Infrastruktur sind vielen durchaus bewusst. So gehen sechs von zehn Bürgern von einem sich zuspitzenden Fachkräftemangel aus, 53 Prozent von der Notwendigkeit, zunehmend ausländische Arbeitskräfte zu rekrutieren, um den Arbeitskräftebedarf zu decken. In Bezug auf die Infrastruktur sieht die Mehrheit insbesondere zunehmende Probleme im Bildungsbereich und für ländliche Regionen. Jeweils 53 Prozent sind überzeugt, dass sich die Infrastruktur auf dem Land generell verschlechtern wird und dass insbesondere Schulen von Zusammenlegungen betroffen sein werden. Mit einer stärkeren Konzentration von Krankenhäusern rechnen 41 Prozent.

Deutlich weniger Sorgen machen sich die Bürger, dass es zu Spannungen zwischen den Generationen kommen könnte oder dass die Politik einseitig die Interessen der älteren Generation berücksichtigt. Nur 34 Prozent gehen von verstärkten Spannungen zwischen Jüngeren und Älteren aus. 23 Prozent erwarten, dass sich aufgrund der wachsenden Bedeutung der älteren Generation als Wählerklientel Politiker verstärkt nach den Bedürfnissen dieser Generation richten. Noch weniger gehen die Bürger davon aus, dass die junge Generation in der Gesellschaft an Einfluss verliert.

Erwartete Konsequenzen

Frage: "Wenn es in Deutschland immer mehr ältere Menschen und immer weniger junge Menschen gibt, was für Folgen wird das Ihrer Ansicht nach haben, welche Veränderungen sehen Sie da auf uns zukommen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

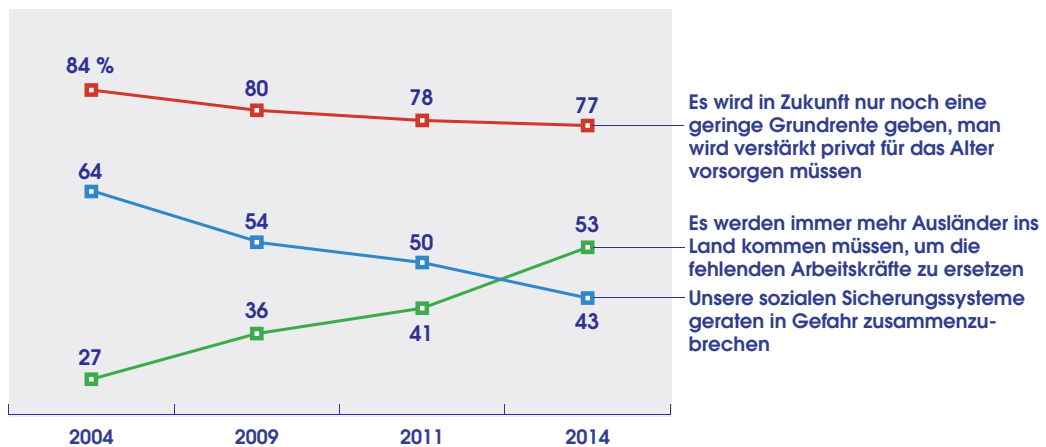
© IfD-Allensbach

Angesichts der erwarteten Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme ist es bemerkenswert, dass nur eine Minderheit der Bürger nennenswerte Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die eigene Situation befürchtet. Das hat auch damit zu tun, dass Deutschland seit Jahren von einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitiert, die auch die finanzielle Situation breiter Bevölkerungskreise verbessert hat. Vor zehn Jahren machte sich die Bevölkerung weitaus mehr Sorgen, dass die sozialen Sicherungssysteme in Folge der demografischen Entwicklung zusammenbrechen könnten. 2004, als die Situation und auch Stimmungslage der Bevölkerung noch von einer hohen Arbeitslosigkeit und unsicheren ökonomischen Perspektiven geprägt waren, befürchteten 64 Prozent der gesamten Bevölkerung, dass die sozialen Sicherungssysteme in Folge der Alterung der Gesellschaft ernsthaft gefährdet sein könnten. Bis 2009 ging dieser Anteil auf 54 Prozent zurück und liegt aktuell bei 43 Prozent. Auch die Sorge, dass es in Zukunft nur noch eine geringe Grundrente geben könnte und man verstärkt privat für das Alter vorsorgen muss, hat sich langsam, aber kontinuierlich zurückgebildet.

Während die Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme heute weniger dramatisch gesehen werden als noch vor wenigen Jahren, spielen die Konsequenzen für den Arbeitsmarkt heute eine größere Rolle. 61 Prozent erwarten einen sich zuspitzenden Fachkräftemangel, 53 Prozent, dass der inländische Personalbedarf zunehmend mit ausländischen Arbeitskräften gedeckt werden muss. Vor zehn Jahren gingen vor dem Hintergrund der damals noch hohen Arbeitslosigkeit lediglich 27 Prozent davon aus, dass Deutschland verstärkt auf den Zuzug von Arbeitskräften aus dem Ausland angewiesen ist, 2011 bereits 41 Prozent, jetzt die Mehrheit.

Erwartete Konsequenzen

Frage: "Wenn es in Deutschland immer mehr ältere Menschen und immer weniger junge Menschen gibt, was für Folgen wird das Ihrer Ansicht nach haben, welche Veränderungen sehen Sie da auf uns zukommen?"



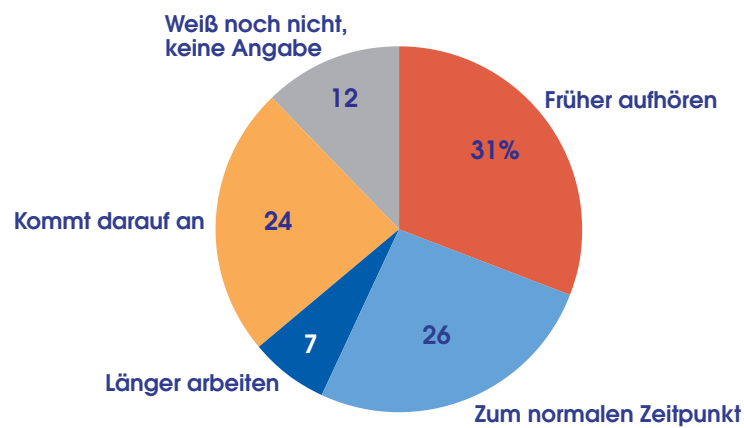
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 7055, 10035, 10080 und 11025

© IFD-Allensbach

Mit an der Spitze der Erwartungen, wie sich die demografische Entwicklung auswirken wird, steht die Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Nach wie vor kann sich nur eine kleine Minderheit der Berufstätigen für den Gedanken erwärmen, über das vorgesehene Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten. Gerade einmal 7 Prozent möchten länger arbeiten, und zwar im Durchschnitt bis knapp zum 71. Lebensjahr. 26 Prozent der Berufstätigen möchten zum vorgesehenen Zeitpunkt aufhören, 31 Prozent am liebsten einige Jahre vorher. 24 Prozent sind nicht festgelegt, sondern machen ihre Entscheidung vor allem davon abhängig, welche Arbeitszeitbedingungen und materiellen Anreize für einen späteren Renteneintritt geboten werden.

Heterogene Präferenzen

Frage: "Es gibt Menschen, die möchten schon früher als gesetzlich vorgesehen in Rente gehen. Andere wiederum tragen sich mit dem Gedanken, auch im Rentenalter noch einige Jahre weiterzuarbeiten. Wie geht es Ihnen? Würden Sie lieber früher aufhören, oder zum normalen Zeitpunkt, oder länger arbeiten?"



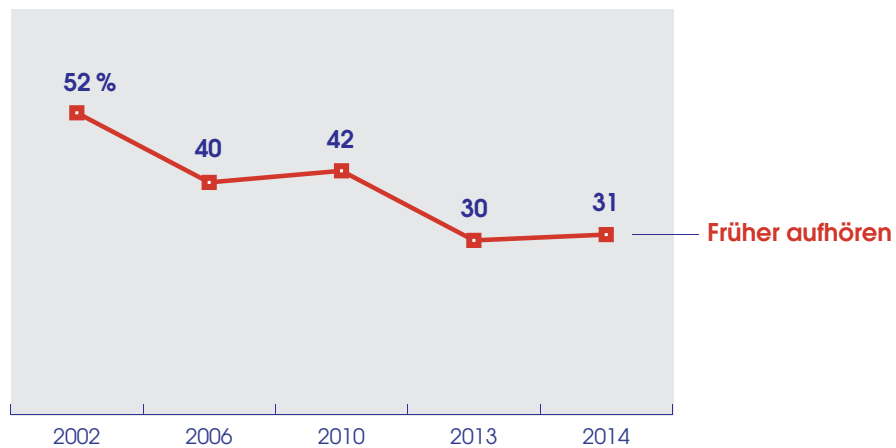
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Berufstätige
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

Die Trendanalyse lässt allerdings erkennen, dass die Neigung, vor dem eigentlichen Renteneintrittsalter auszusteigen, deutlich zurückgegangen ist. Am Beginn des vergangenen Jahrzehnts war es noch für die Hälfte der Berufstätigen attraktiv, vor dem vorgesehenen Renteneintrittsalter aus dem Beruf auszusteigen. Danach ging dieser Anteil zunächst auf um die 40 Prozent zurück und in den letzten zwei, drei Jahren auf rund 30 Prozent.

Frühverrentung verliert an Attraktivität

Frage: "Es gibt Menschen, die möchten schon früher als gesetzlich vorgesehen in Rente gehen. Andere wiederum tragen sich mit dem Gedanken, auch im Rentenalter noch einige Jahre weiterzuarbeiten. Wie geht es Ihnen? Würden Sie lieber früher aufhören, oder zum normalen Zeitpunkt, oder länger arbeiten?"



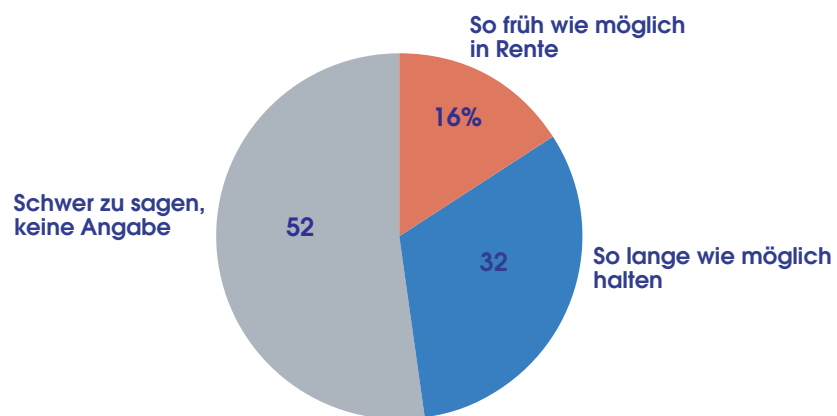
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Berufstätige
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7020, 7087, 10065, 11004 und 11025

© IfD-Allensbach

Die Haltung des eigenen Unternehmens in dieser Frage können viele Berufstätige nicht einschätzen. 16 Prozent der Berufstätigen haben den Eindruck, dass ihr Arbeitgeber darauf aus ist, Mitarbeiter so früh wie möglich zu pensionieren; doppelt so viele gehen davon aus, dass ihr Arbeitgeber ein Interesse daran hat, ältere Mitarbeiter so lange wie nur möglich zu halten. Gut die Hälfte der Berufstätigen traut sich hier jedoch kein Urteil zu.

Einschätzung der Haltung des eigenen Arbeitgebers

Frage: "Werden bei Ihnen im Betrieb bzw. Unternehmen ältere Mitarbeiter so früh wie möglich in Rente geschickt, oder ist man bemüht, ältere Mitarbeiter so lange wie möglich zu halten?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Berufstätige
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

POLITIK GEGEN DIE INTERESSEN DER JUNGEN GENERATION?

Auch wenn nur eine kleine Minderheit erwartet, dass die junge Generation in Folge der demografischen Entwicklung an Einfluss verliert, hat sich in letzter Zeit der Eindruck verstärkt, dass die Politik eher die Interessen der Älteren als der Jüngeren im Auge hat. Vor zwei Jahren sahen die Bürger noch am ehesten die mittlere Generation als Profiteur der politischen Entscheidungen, heute die ältere Generation. Der Anteil der Bevölkerung, der überzeugt ist, dass die Politik vor allem die Interessen der Älteren vor Augen hat, ist in den letzten zwei Jahren von 13 auf 26 Prozent angestiegen. Dagegen sehen nur 17 Prozent die mittlere Generation und 7 Prozent die junge Generation als Hauptnutznießer der Politik der letzten Jahre. 29 Prozent gehen von einer ausgewogenen Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Generationen aus, 21 Prozent sind in dieser Frage unentschieden.

Schaubild 11

Generationenorientierte Politik		
<i>Frage: "Was haben Sie für einen Eindruck, für wen wird heutzutage hauptsächlich Politik gemacht, wessen Interessen werden da vor allem berücksichtigt, die der Älteren, die der mittleren Generation, oder mehr die Interessen der Jüngeren?"</i>		
	Bevölkerung insgesamt	
	2012	2014
	%	%
Interessen der Älteren	13	26
Der mittleren Generation	24	17
Interessen der Jüngeren	5	7
Alle gleich	23	29
Unentschieden	35	21
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11001 und 11025

© IfD-Allensbach

Insbesondere die Unter-45-Jährigen haben den Eindruck, dass die Politik vor allem die Interessen der älteren Generation berücksichtigt, während die 60-Jährigen und Älteren keinen bevorzugten Nutznießer der politischen Entscheidungen ausmachen können. Von den Unter-30-Jährigen sind 36 Prozent überzeugt, dass primär die Interessen der älteren Generation berücksichtigt werden, während nur 3 Prozent davon ausgehen, dass die Interessen ihrer Generation im Vordergrund stehen.

Schaubild 12

Unterschiedliche Einschätzung der Generationen

Frage: "Was haben Sie für einen Eindruck, für wen wird heutzutage hauptsächlich Politik gemacht, wessen Interessen werden da vor allem berücksichtigt, die der Älteren, die der mittleren Generation, oder mehr die Interessen der Jüngeren?"

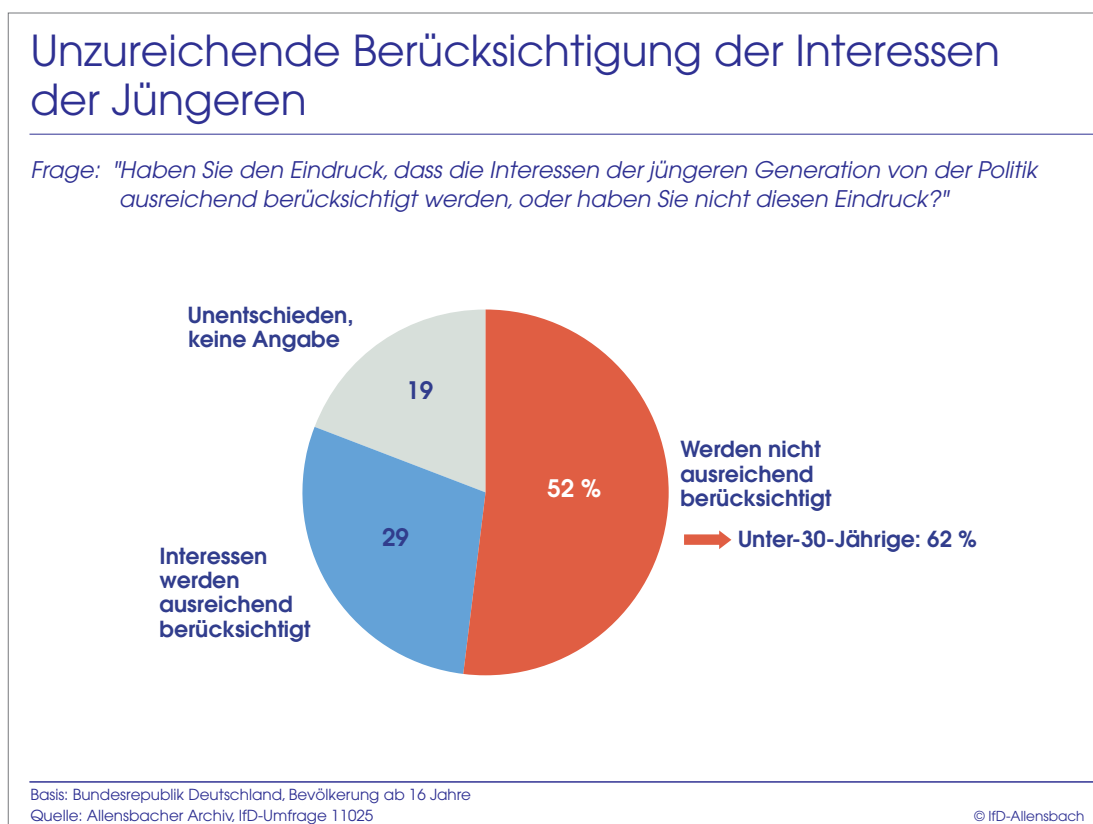
	Bevölkerung insgesamt	Altersgruppen			
		16 bis 29 Jahre	30 bis 44 Jahre	45 bis 59 Jahre	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%
Interessen der Älteren	26	36	35	24	14
Der mittleren Generation	17	20	16	16	18
Interessen der Jüngeren	7	3	3	5	14
Alle gleich	29	22	27	31	32
Unentschieden	21	19	19	24	22
	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 11025 © IFD-Allensbach

Wenn die verschiedenen Generationen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern die Frage im Mittelpunkt steht, ob die Interessen der jüngeren Generation von der Politik ausreichend berücksichtigt werden, zieht sogar die Mehrheit der Bevölkerung eine kritische Bilanz. 52 Prozent der Bürger sehen die Interessen der jungen Generation unzureichend berücksichtigt, von den Unter-30-Jährigen 62

Prozent. Allerdings lassen mehrere Untersuchungen aus den letzten Monaten den Schluss zu, dass eine unzureichende Berücksichtigung der Interessen der jüngeren Generation die Bürger nur sehr eingeschränkt berührt – auch die jüngere Generation selbst. So wurde das Rentenpaket von der großen Mehrheit der Bevölkerung als gegen die Interessen der jungen Generation gerichtet empfunden. Gleichzeitig fanden die einzelnen Maßnahmen des Rentenpaketes jedoch die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit – auch in der jungen Generation.

Schaubild 13



Nach wie vor ist für die große Mehrheit der Bevölkerung auch keineswegs ausgemacht, dass die Jüngeren in dieser Gesellschaft benachteiligt werden. Zwar hat sich der Anteil in der Bevölkerung, der überzeugt ist, dass die Älteren heute mehr von den Jüngeren profitieren, in den letzten zehn Jahren von 11 auf 20 Prozent annähernd verdoppelt. Gegenläufig ist die Einschätzung zurückgegangen, dass die

Jüngeren mehr von den Älteren profitieren, da die Lebensleistung der Älteren den Wohlstand geschaffen hat, von dem heute auch die jüngere Generation profitiert. Diese Position hat jedoch auch heute noch mehr Anhänger als die Einschätzung, dass die Älteren mehr von den Jüngeren profitieren als umgekehrt. Mit Abstand am weitesten verbreitet ist jedoch die Überzeugung, dass ältere und jüngere Generation gleichermaßen voneinander profitieren: 45 Prozent der Bevölkerung teilen diese Auffassung.

Schaubild 14

Generationenausgleich		
Frage: "Hier unterhalten sich drei über das Verhältnis von jüngerer und älterer Generation. Welcher der drei sagt am ehesten das, was auch Sie denken?" (Bildblattvorlage)		
	2003	2014
	%	%
"Die Älteren profitieren mehr von den Jüngeren, denn die Jüngeren müssen mit ihren Beiträgen zur Renten- und Krankenversicherung den größten Teil der Krankheitskosten und Renten tragen."	11	20
"Die Jüngeren profitieren mehr von den Älteren, denn die Älteren haben den Wohlstand geschaffen, den wir heute haben. Außerdem haben sie der jungen Generation eine gute Ausbildung und vieles andere mehr finanziert."	33	25
"Ältere und Jüngere profitieren gleichermaßen voneinander. Die Älteren haben viel für die Jüngeren getan, und die Jüngeren tun heute viel für die Älteren."	49	45
Unentschieden	7	10
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7047 und 11025

© IfD-Allensbach

Bei den Diskussionen über Generationengerechtigkeit und über Nutzen und Nachteile verschiedener politischer Maßnahmen für die verschiedenen Generationen wird oft vernachlässigt, dass es neben den staatlichen Transfers außerordentlich bedeutende private Transfers zwischen den Generationen gibt. Was die Generationen

an materiellen und immateriellen Leistungen für die jeweils andere Generation erbringen, ist außerordentlich eindrucksvoll. Dies erklärt, warum die große Mehrheit der Bevölkerung davon ausgeht, dass die Nutzenbilanz der verschiedenen Generationen zumindest ausgeglichen ist bzw. die Jüngeren sogar im Vorteil sind – trotz der Überzeugung der Mehrheit, dass die Interessen der jüngeren Generation bei den politischen Entscheidungen nicht ausreichend berücksichtigt werden.

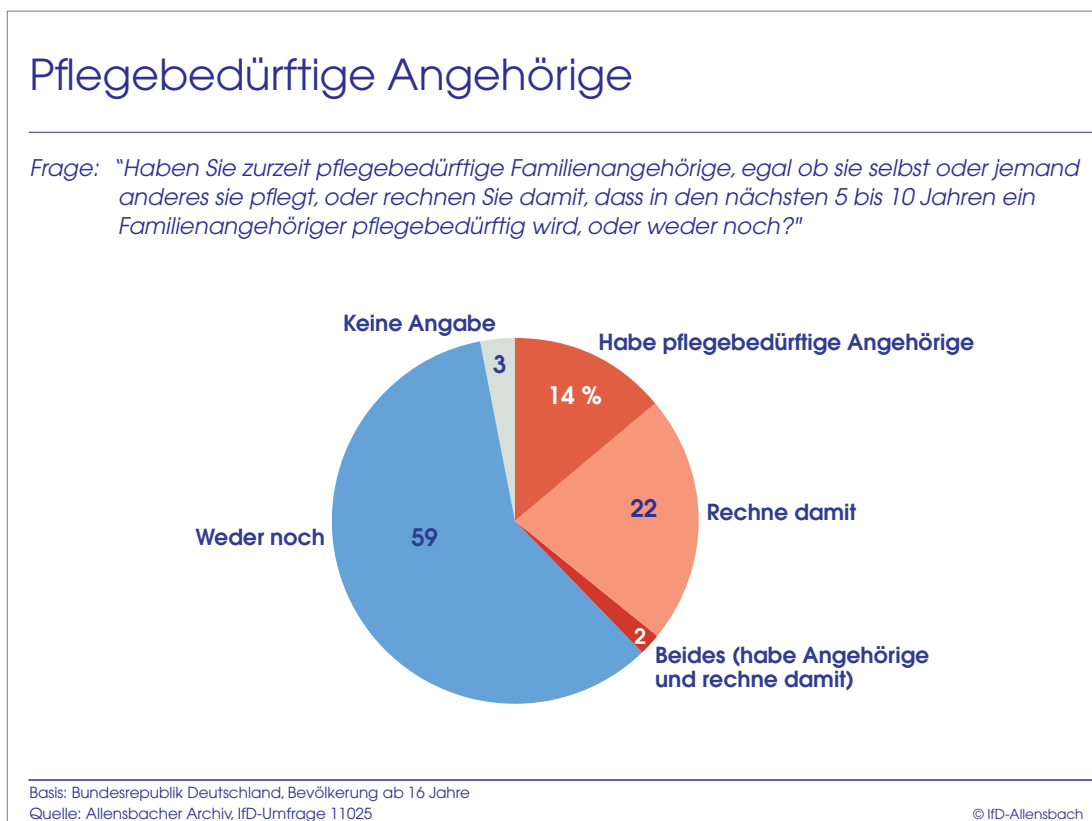
Auch wenn das Thema Generationengerechtigkeit zurzeit für die Bevölkerung keine dominante Rolle spielt, hält es die Mehrheit jedoch für wichtig, bei der Bewältigung des demografischen Wandels darauf zu achten, dass keine Generation benachteiligt wird. 60 Prozent der Bürger halten dies für einen wichtigen Aspekt bei der Gestaltung von Strategien für die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels.

MASSNAHMEN ZUR BEWÄLTIGUNG DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

An der Spitze der Agenda, die die Bürger für die Bewältigung des demografischen Wandels aufstellt, steht jedoch nicht das Thema Generationengerechtigkeit, sondern die Bewältigung der wachsenden Herausforderungen bei der Pflege älterer Menschen. 74 Prozent halten es für besonders wichtig, Familien zu fördern, die ihre Angehörigen selbst pflegen, 72 Prozent verstärkt Pflegekräfte auszubilden.

Für viele ist das Pflege Thema keineswegs abstrakt, sondern persönliches Erleben. Zwar haben bisher nur 14 Prozent bereits pflegebedürftige Angehörige, aber weitere 22 Prozent rechnen damit, dass dieser Fall in den nächsten fünf bis zehn Jahren eintritt.

Schaubild 15



Die Mehrheit derjenigen, die pflegebedürftige Angehörige haben, beteiligt sich auch an der Pflege oder übernimmt die Pflege sogar weitgehend selbst. Von denjenigen, die in absehbarer Zeit damit rechnen, dass der Pflegefall in ihrem Verwandtenkreis eintritt, ist auch die überwältigende Mehrheit grundsätzlich bereit, sich an der Pflege älterer Angehöriger zu beteiligen. Untersuchungen speziell zum Thema Pflege belegen auch die großen Leistungen, die die Familien hier erbringen, und den in der Bevölkerung weit verbreiteten Wunsch, dass die Pflege von Angehörigen nicht völlig aus der Familie ausgelagert werden soll – vorausgesetzt, der Pflegefall ist nicht so schwer, dass er für Angehörige praktisch nicht zu bewältigen ist.

Neben der Verbesserung der Voraussetzungen für die Pflege von Angehörigen und der verstärkten Ausbildung von Pflegekräften halten die Bürger vor allem für wichtig,

- ältere Beschäftigte möglichst lange im Betrieb zu halten,
- die Voraussetzungen für die Vereinbarung von Familie und Beruf zu verbessern,
- junge Familien stärker zu unterstützen,
- die Staatsverschuldung zu reduzieren, um die Belastung für die jüngere Generation zu senken und
- mehr Anreize für die private Altersvorsorge zu schaffen.

Alle diese Maßnahmen halten rund 60 Prozent der Bevölkerung für wichtig, um die Auswirkungen des demografischen Wandels in den Griff zu bekommen. Am Ende der politischen Agenda steht zum einen die verstärkte Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland und die Erhöhung der Sozialbeiträge für Arbeitnehmer, um die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren. Beides hält die Mehrheit letztlich für unausweichliche Folgen der demografischen Entwicklung. Der niedrige Stellenwert in der politischen Agenda macht jedoch deutlich, dass die Bevölkerung mit beidem Probleme hat – nicht nur aus nachvollziehbaren Gründen bei der Erhöhung der Sozialbeiträge, sondern auch bei der verstärkten Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland. Trendanalysen lassen zwar erkennen, dass die Haltung der

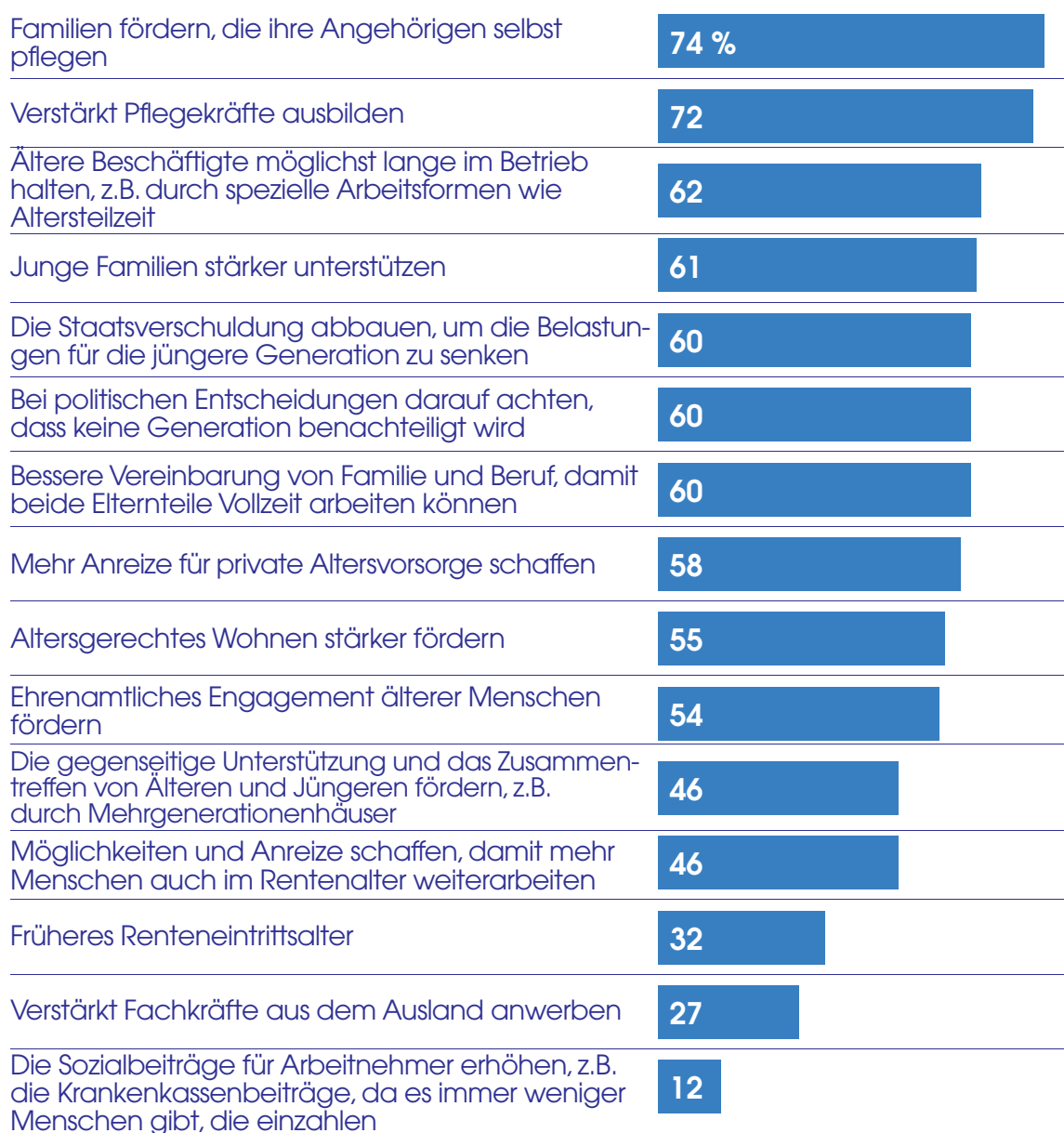
Bevölkerung zur Zuwanderung in den letzten Jahren wesentlich offener geworden ist. Trotzdem hält es die überwältigende Mehrheit nach wie vor für das Ideal, wenn der inländische Arbeitskräftebedarf auch mit Arbeitskräften aus dem Inland gedeckt werden kann.

Allensbach am Bodensee,
am 2. Juli 2014

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels

Frage: "Es gibt ja Verschiedenes, was man tun kann, um die Auswirkungen des demografischen Wandels in den Griff zu bekommen oder zumindest abzumildern. Hier auf dieser Liste haben wir einmal einiges aufgeschrieben. Was davon halten Sie für besonders wichtig, um die Auswirkungen des demografischen Wandels in den Griff zu bekommen?" (Listenvorlage)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

© IfD-Allensbach

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewertet wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Schulbildung

Einfache Schule	=	höchstens Volks- oder Hauptschulabschluss
Mittlere Schule	=	Realschulabschluss (Mittlere Reife)
Höhere Schule	=	Fachhochschulreife, allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (Abitur, Fachabitur)

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten

TABELLEN

Generationenkonflikt

Demographischer Wandel

WENN ES IN DEUTSCHLAND IMMER MEHR ÄLTERE MENSCHEN UND IMMER WENIGER JUNGE MENSCHEN GIBT, WAS FÜR FOLGEN WIRD DAS IHRER ANSICHT NACH HABEN, WELCHE VERÄNDERUNGEN SEHEN SIE DA AUF UNS ZUKOMMEN? SÄGEN SIE ES MIR EINFACH NACH DIESER LISTE HIER. (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 15)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1503	1095	408	749	754	266	314	414	509	453	486	564
DIE BEITRÄGE FÜR DIE RENTENVERSICHERUNG WERDEN DEUTLICH STEIGEN	78.8	79.8	74.3	80.5	77.1	76.8	79.9	83.3	75.3	77.8	78.0	80.6
DIE LEUTE WERDEN IN ZUKUNFT LÄNGER ARBEITEN MÜSSEN, NICHT MEHR SO FRÜH I.RENTE GEHEN KÖNNEN	77.5	79.4	69.4	76.5	78.4	79.1	80.2	80.0	72.6	75.0	75.7	82.1
ES WIRD IN ZUKUNFT NUR NOCH EINE GERIN- GE GRÜNDRENTE GEBEN, MAN WIRD VERSTÄRKT PRIVAT FÜR DAS ALTER VORSORGEN MÜSSEN ...	77.3	78.8	71.1	77.9	76.7	72.1	83.5	80.6	73.5	72.4	81.5	79.4
DIE KRANKENKASSEN- BEITRÄGE WERDEN STEIGEN	73.4	74.3	69.7	76.3	70.7	68.2	72.5	77.1	73.8	74.1	74.1	72.0
DIE GESETZLICHEN KRANKENKASSEN WERDEN WENIGER LEISTUNGEN ÜBERNEHMEN ALS HEUTE	69.4	70.0	67.0	68.4	70.4	63.2	63.9	75.6	71.4	71.3	71.2	65.5
ES WIRD EINEN FACH- KRÄFTEMANGEL GEBEN .	61.2	61.5	59.8	65.0	57.6	57.3	62.1	67.1	57.7	58.7	62.1	63.3
ES WIRD ZU ZUSAMMEN- LEGUNGEN VON SCHULEN KOMMEN	53.4	52.9	55.3	52.0	54.7	51.0	55.5	54.8	52.2	50.6	53.0	57.0
ES WERDEN IMMER MEHR AUSLÄNDER INS LAND KOMMEN MÜSSEN, UM DIE FEHLENDEN ARBEITS- KRÄFTE ZU ERSETZEN .	53.0	53.7	49.8	54.1	51.9	57.2	51.2	53.5	51.3	46.5	54.7	59.2
DIE INFRASTRUKTUR AUF DEM LAND WIRD SICH VERSCHLECHTERN, Z.B. DER ÖFFENTLICHE PERSONENNAHVERKEHR, DIE EINKAUFSMÖGLICH- KEITEN, DIE VERSOR- GUNG MIT KRANKEN- HÄUSERN	52.8	50.6	61.9	54.0	51.6	41.5	51.4	54.9	58.2	54.3	53.5	50.2

WENN ES IN DEUTSCHLAND IMMER MEHR ÄLTERE MENSCHEN UND IMMER WENIGER JUNGE MENSCHEN GIBT, WAS FÜR FOLGEN WIRD DAS IHRER ANSICHT NACH HABEN, WELCHE VERÄNDERUNGEN SEHEN SIE DA AUF UNS ZUKOMMEN? SÄGEN SIE ES MIR EINFACH NACH DIESER LISTE HIER. (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 15)

	BERUFS- TÄTIGE	NICHT BERUFS- TÄTIGE	ES PFLEGEN SELBST Z.ZT. ANGEHÖRIGE/ BETEILIGTEN SICH DARAN	ES RECHNEN IN 5 - 10 J. M. PFLEGEFALL IN D. FAMILIE	ANHÄNGER DER -					
					CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.
Basis	845	658	130	330	582	382	31	215	127	103
DIE BEITRÄGE FÜR DIE RENTENVERSICHERUNG WERDEN DEUTLICH STEIGEN	81.9	74.5	78.7	80.9	78.7	78.5	82.4	78.8	78.4	81.7
DIE LEUTE WERDEN IN ZUKUNFT LÄNGER ARBEITEN MÜSSEN, NICHT MEHR SO FRÜH I. RENTE GEHEN KÖNNEN	81.0	72.7	79.4	78.1	77.2	78.0	77.2	80.0	71.0	79.4
ES WIRD IN ZUKUNFT NUR NOCH EINE GERIN- GE GRÜNDRENTE GEBEN, MAN WIRD VERSTÄRKT PRIVAT FÜR DAS ALTER VORSORGEN MÜSSEN ...	80.0	73.8	75.1	82.7	77.0	79.1	74.1	76.1	72.9	78.8
DIE KRANKENKASSEN- BEITRÄGE WERDEN STEIGEN	74.1	72.5	76.6	74.5	71.4	76.9	71.1	70.6	75.6	80.2
DIE GESETZLICHEN KRANKENKASSEN WERDEN WENIGER LEISTUNGEN ÜBERNEHMEN ALS HEUTE	70.3	68.2	73.4	72.3	69.4	70.8	63.8	67.8	66.5	78.1
ES WIRD EINEN FACH- KRÄFTEMANGEL GEBEN .	62.0	60.0	62.4	60.3	61.9	62.7	56.6	63.1	65.8	53.0
ES WIRD ZU ZUSAMMEN- LEGUNGEN VON SCHULEN KOMMEN	53.4	53.4	55.7	56.4	50.7	53.2	52.0	58.8	62.5	52.9
ES WERDEN IMMER MEHR AUSLÄNDER INS LAND KOMMEN MÜSSEN, UM DIE FEHLENDEN ARBEITS- KRÄFTE ZU ERSETZEN .	55.0	50.1	50.4	57.4	54.1	57.3	46.4	50.6	49.1	44.5
DIE INFRASTRUKTUR AUF DEM LAND WIRD SICH VERSCHLECHTERN, Z.B. DER ÖFFENTLICHE PERSONENNAHVERKEHR, DIE EINKAUFSMÖGLICH- KEITEN, DIE VERSOR- GUNG MIT KRANKEN- HÄUSERN	51.8	54.1	57.6	53.4	50.2	54.8	49.4	48.5	60.1	59.0

ES GIBT JA VERSCHIEDENES, WAS MAN TUN KANN, UM DIE AUSWIRKUNGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS IN DEN GRIFF ZU BEKOMMEN ODER ZUMINDEST ABZUMILDERN. HIER AUF DIESER LISTE HABEN WIR EINMAL EINIGES AUFGESCHRIEBEN. WAS DAVON HALTEN SIE FÜR BESONDERS WICHTIG, UM DIE AUSWIRKUNGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS IN DEN GRIFF ZU BEKOMMEN? (LISTENVORLAGE) (FRAGE 16)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHERE
Basis	1503	1095	408	749	754	266	314	414	509	453	486	564
FAMILIEN FÖRDERN, DIE IHRE ANGEHÖRIGEN SELBST PFLEGEN	73.7	74.7	69.5	72.4	75.0	64.9	73.8	73.5	78.8	76.3	75.1	69.4
VERSTÄRKT PFLEGE- KRÄFTE AUSBILDEN ...	71.8	72.5	68.6	69.0	74.4	65.1	70.6	68.5	78.9	74.6	72.2	68.0
ÄLTERE BESCHÄFTIGTE MÖGLICHSST LANGE IM BETRIEB HALTEN, Z.B. DURCH SPEZIELLE ARBEITSFORMEN WIE ALTERSTEILZEIT	62.2	63.4	56.9	66.0	58.6	58.9	65.7	62.9	61.2	56.2	64.3	67.5
JUNGE FAMILIEN STÄR- KER UNTERSTÜTZEN ...	61.0	60.7	62.1	58.8	63.0	74.4	66.3	58.2	52.3	55.8	61.0	67.2
DIE STAATSVerschul- DUNG ABBAUEN, UM DIE BELASTUNGEN FÜR DIE JÜNGERE GENERATION ZU SENKEN	60.4	63.5	46.8	61.0	59.8	62.7	62.7	62.3	55.9	61.2	59.8	59.9
BEI POLITISCHEN ENT- SCHEIDUNGEN DARAUf ACHTEN, DASS KEINE GENERATION BENACH- TEILIGT WIRD	60.3	60.6	59.2	60.0	60.6	63.8	61.6	60.5	57.2	58.2	62.5	60.7
BESSERE VEREINBAR- KEIT VON FAMILIE UND BERUF, DAMIT BEIDE ELTERNTEILE VOLLZEIT ARBEITEN KÖNNEN	59.9	59.0	63.7	57.3	62.3	65.4	64.7	60.9	52.7	54.1	59.2	67.4
MEHR ANREIZE FÜR PRIVATE ALTERS- VORSORGE SCHAFFEN ..	57.7	59.9	48.0	59.2	56.2	54.9	58.8	61.1	55.6	56.8	59.9	56.6
ALTERSGERECHTES WOHN- NEN STÄRKER FÖRDERN.	55.4	55.2	56.1	55.2	55.6	41.0	49.1	52.9	69.7	57.3	53.6	54.8
EHRENAMTLICHES ENGA- GEMENT ÄLTERER MEN- SCHEN FÖRDERN	54.0	55.9	46.0	52.3	55.7	51.4	55.1	53.3	55.4	52.5	52.8	57.0

ES GIBT JA VERSCHIEDENES, WAS MAN TUN KANN, UM DIE AUSWIRKUNGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS IN DEN GRIFF ZU BEKOMMEN ODER ZUMINDEST ABZUMILDERN. HIER AUF DIESER LISTE HABEN WIR EINMAL EINIGES AUFGESCHRIEBEN. WAS DAVON HALTEN SIE FÜR BESONDERS WICHTIG, UM DIE AUSWIRKUNGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS IN DEN GRIFF ZU BEKOMMEN? (LISTENVORLAGE) (FRAGE 16)

	BERUFS- TÄTIGE	NICHT BERUFS- TÄTIGE	ES PFLEGEN SELBST Z.ZT. ANGEHÖRIGE/ BETEILIGTEN SICH DARAN	ES RECHNEN IN 5 - 10 J. M. PFLEGEFALL IN D. FAMILIE	ANHÄNGER DER -					
					CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.
Basis	845	658	130	330	582	382	31	215	127	103
FAMILIEN FÖRDERN, DIE IHRE ANGEHÖRIGEN SELBST PFLEGEN	70.7	77.9	85.0	74.6	77.1	77.5	77.5	63.6	69.1	68.6
VERSTÄRKT PFLEGE- KRÄFTE AUSBILDEN ...	71.2	72.5	72.7	73.6	74.2	75.6	73.6	65.3	71.7	63.4
ÄLTERE BESCHÄFTIGTE MÖGLICHST LANGE IM BETRIEB HALTEN, Z.B. DURCH SPEZIELLE ARBEITSFORMEN WIE ALTERSTEILZEIT	62.0	62.5	58.9	60.2	60.1	60.9	84.6	64.8	70.1	61.3
JUNGE FAMILIEN STÄR- KER UNTERSTÜTZEN ...	65.1	55.4	60.4	66.5	58.5	58.3	66.6	65.9	69.8	66.1
DIE STAATSVerschul- DUNG ABBAUEN, UM DIE BELASTUNGEN FÜR DIE JÜNGERE GENERATION ZU SENKEN	62.8	57.1	68.9	62.8	58.5	62.5	76.7	60.3	56.2	63.9
BEI POLITISCHEN ENT- SCHEIDUNGEN DARAUf ACHTEN, DASS KEINE GENERATION BENACH- TEILIGT WIRD	61.5	58.7	68.6	60.7	59.4	59.4	53.4	66.6	60.7	62.1
BESSERE VEREINBAR- KEIT VON FAMILIE UND BERUF, DAMIT BEIDE ELTERNTEILE VOLLZEIT ARBEITEN KÖNNEN	61.6	57.5	66.9	63.1	58.4	62.0	62.8	63.4	66.4	52.4
MEHR ANREIZE FÜR PRIVATE ALTERS- VORSORGE SCHAFFEN ..	60.1	54.4	58.4	55.7	61.7	57.8	79.2	53.6	47.4	54.0
ALTERSGERECHTES WOHN- EN STÄRKER FÖRDERN.	51.7	60.4	62.1	58.8	56.3	59.2	52.5	48.5	54.7	53.1
EHRENAMTLICHES ENGA- GEMENT ÄLTERER MEN- SCHEN FÖRDERN	54.9	52.8	66.5	57.1	56.7	51.6	61.7	52.8	51.3	53.7

Häusliche Pflege

Renteneintrittsalter

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	547	200	747	Personen
B	548	208	756	Personen
Insgesamt	1095	408	1503	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse verallgemeinert werden dürfen.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 442 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 28. Mai bis 13. Juni 2014 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 11.025

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.025 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Juni 2014			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	81	81	81	81
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>19</u>
	100	100	100	100
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16	16	16
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	15	15
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	9	9
Sachsen und Thüringen	<u>9</u>	<u>9</u>	<u>9</u>	<u>9</u>
	100	100	100	100
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	<u>30</u>	<u>30</u>	<u>30</u>	<u>30</u>
	100	100	100	100
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	<u>51</u>	<u>51</u>	<u>51</u>	<u>51</u>
	100	100	100	100
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	22	22	22	22
45 - 59 Jahre	27	27	27	27
60 Jahre und älter	<u>33</u>	<u>33</u>	<u>33</u>	<u>33</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2012

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.025 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Juni 2014			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	61	60	61	61
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>40</u>	<u>39</u>	<u>39</u>
	100	100	100	100
<u>BERUFSSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	14	14	14	14
Angestellte	37	37	37	37
Beamte	3	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	7	6	7	7
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>40</u>	<u>39</u>	<u>39</u>
	100	100	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	52	52	52	53
- Männer	26	26	26	27
- Frauen	26	26	26	26
Ledig	31	31	31	31
Verwitwet, geschieden	<u>17</u>	<u>17</u>	<u>17</u>	<u>16</u>
	100	100	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	23	23	23	23
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	18	17	18	18
- 4 Personen	15	14	16	14
- 5 und mehr Personen	<u>4</u>	<u>6</u>	<u>3</u>	<u>5</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2012

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu neutralen Themen:

1.	T	"Nun zur Politik in Deutschland: Was haben Sie für einen Eindruck, für wen wird heutzutage hauptsächlich Politik gemacht, wessen Interessen werden da vor allem berücksichtigt: die der Älteren, die der mittleren Generation oder mehr die Interessen der Jüngeren?"	INTERESSEN DER ÄLTEREN 1 DER MITTLEREN GENERATION 2 INTERESSEN DER JÜNGEREN 3 ALLE GLEICH 4 UNENTSCHIEDEN 5
----	---	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

2.	T	"Haben Sie den Eindruck, dass die Interessen der jüngeren Generation von der Politik ausreichend berücksichtigt werden, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?"	INTERESSEN AUSREICHEND BERÜCKSICHTIGT 1 HABE NICHT DIESEN EINDRUCK 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
----	---	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

3.	T	INTERVIEWER überreicht rosa Bildblatt 1 ! "Zu einem anderen Thema: Hier unterhalten sich drei über das Verhältnis von jüngerer und älterer Generation. Welcher der drei sagt am ehesten das, was auch Sie denken: der Linke, der Mittlere oder der Rechte?"	DER LINKE 1 DER MITTLERE 2 DER RECHTE 3 UNENTSCHIEDEN 4
----	---	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------

4.	t	"Wie sehr beschäftigt Sie das Thema 'Demographischer Wandel', also dass es bei uns immer mehr ältere und immer weniger jüngere Menschen gibt? Würden Sie sagen, das beschäftigt Sie ..."	"sehr" 1 "auch, aber nicht so sehr" 2 "kaum, gar nicht" 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4
----	---	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

In der repräsentativen Halbgruppe A:

5.	T	"Wenn es immer mehr Ältere und immer weniger Jüngere gibt, wie stark wird sich das auf Ihr persönliches Umfeld, auf Ihr tägliches Leben auswirken? Würden Sie sagen ..."	"sehr stark" 1* "stark" 2* "weniger stark" 3* "kaum, gar nicht" 4 UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT 5
		<input type="checkbox"/> "Und glauben Sie, dass die Auswirkungen für Sie persönlich eher positiv oder eher negativ sein werden?"	POSITIV 1 NEGATIV 2 WEDER NOCH, GLEICHEN SICH AUS . 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4

In der repräsentativen Halbgruppe B:

5.	T	"Wenn es immer mehr Ältere und immer weniger Jüngere gibt: Wie stark wird sich das Ihrer Meinung nach auf die Zukunft Deutschlands auswirken? Würden Sie sagen..."	"sehr stark" 1* "stark" 2* "weniger stark" 3* "kaum, gar nicht" 4 UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT 5
		<input type="checkbox"/> "Und glauben sie, dass die Auswirkungen eher positiv oder eher negativ sein werden?"	POSITIV 1 NEGATIV 2 WEDER NOCH, GLEICHEN SICH AUS . 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4

6. T "Wie ist das bei Ihnen am Wohnort bzw. in der Region: Merken Sie da schon etwas vom demographischen Wandel, oder ist das nicht der Fall?"

MERKE WANDEL..... 1
 NICHT DER FALL 2
 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 3

7. "Wenn vom demographischen Wandel die Rede ist, was überwiegt dann bei Ihnen: Sehen Sie da für Deutschland alles in allem mehr die Chancen oder mehr die Risiken?"

MEHR DIE CHANCEN..... 1
 MEHR DIE RISIKEN 2
 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 3

8. t INTERVIEWER überreicht **weiße** Liste 2 !

"Wenn es in Deutschland immer mehr ältere Menschen und immer weniger junge Menschen gibt, was für Folgen wird das Ihrer Ansicht nach haben, welche Veränderungen sehen Sie da auf uns zukommen? Sagen Sie es mir einfach nach dieser Liste hier." (Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
 / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 /

KEINE ANGABE 9

9. t INTERVIEWER überreicht **blaue** Liste 3 !

"Es gibt ja Verschiedenes, was man tun kann, um die Auswirkungen des demographischen Wandels in den Griff zu bekommen oder zumindest abzumildern. Hier auf dieser Liste haben wir einmal einiges aufgeschrieben. Was davon halten Sie für besonders wichtig, um die Auswirkungen des demographischen Wandels in den Griff zu bekommen?" (Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
 / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 /

NICHTS DAVON 0
 KEINE ANGABE 9

An späterer Stelle im Interview:

10. T "Eine Frage zum Thema Pflege: Haben Sie zurzeit pflegebedürftige Familienangehörige, egal ob Sie selbst oder jemand anders sie pflegt, oder rechnen Sie damit, dass in den nächsten 5 bis 10 Jahren ein Familienangehöriger pflegebedürftig wird, oder weder noch?"

HABE PFLEGEBEDÜRFTIGE ANGEHÖRIGE..... 1*
 RECHNE DAMIT 2***
 BEIDES (HABE ANGEHÖRIGE UND RECHNE DAMIT) 3*
 WEDER NOCH 4
 KEINE ANGABE 5

* ←

"Und pflegen Sie selbst Familienangehörige bzw. beteiligen sich an der Pflege, oder ist das nicht der Fall?"

PFLEGE SELBST/BETEILIGE MICH..... 1
 NICHT DER FALL 2
 KEINE ANGABE 3

*** →

"Und käme es für Sie grundsätzlich in Frage, selbst Familienangehörige zu pflegen bzw. sich an der Pflege zu beteiligen, oder käme das für Sie nicht in Frage?"

KÄME IN FRAGE..... 1
 KÄME NICHT IN FRAGE..... 2
 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 3

11. T "Sind Sie berufstätig? Ich meine, egal, ob als Angestellter, Arbeiter oder Selbständiger, Teilzeit, Vollzeit oder stundenweise. Eine geringfügige Beschäftigung, also ein Minijob bzw. 450-Euro-Job, gilt auch als Berufstätigkeit."

JA, BERUFSTÄTIG..... 1
 NEIN, NICHT BERUFSTÄTIG 2**

** Gleich übergehen zum nächsten Fragenkomplex !

12. T "Werden bei Ihnen im Betrieb bzw. Unternehmen, ältere Mitarbeiter so früh wie möglich in Rente geschickt, oder ist man bemüht, ältere Mitarbeiter so lange wie möglich zu halten?"

SO FRÜH WIE MÖGLICH IN RENTE 3
 SO LANGE WIE MÖGLICH HALTEN 4
 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 5

13. "Es gibt Menschen, die möchten schon früher als gesetzlich vorgesehen in Rente gehen. Andere wiederum tragen sich mit dem Gedanken, auch im Rentenalter noch einige Jahre weiterzuarbeiten. Wie geht es Ihnen? Würden Sie lieber früher aufhören, oder zum normalen Zeitpunkt, oder länger arbeiten?"

FRÜHER AUFHÖREN..... 1
 ZUM NORMALEN ZEITPUNKT..... 2
 LÄNGER ARBEITEN..... 3*
 KOMMT DARAUF AN..... 4
 WEISS NOCH NICHT, KEINE ANGABE. 5

- "Und wie lange, bis zu welchem Alter könnten Sie sich vorstellen zu arbeiten?"

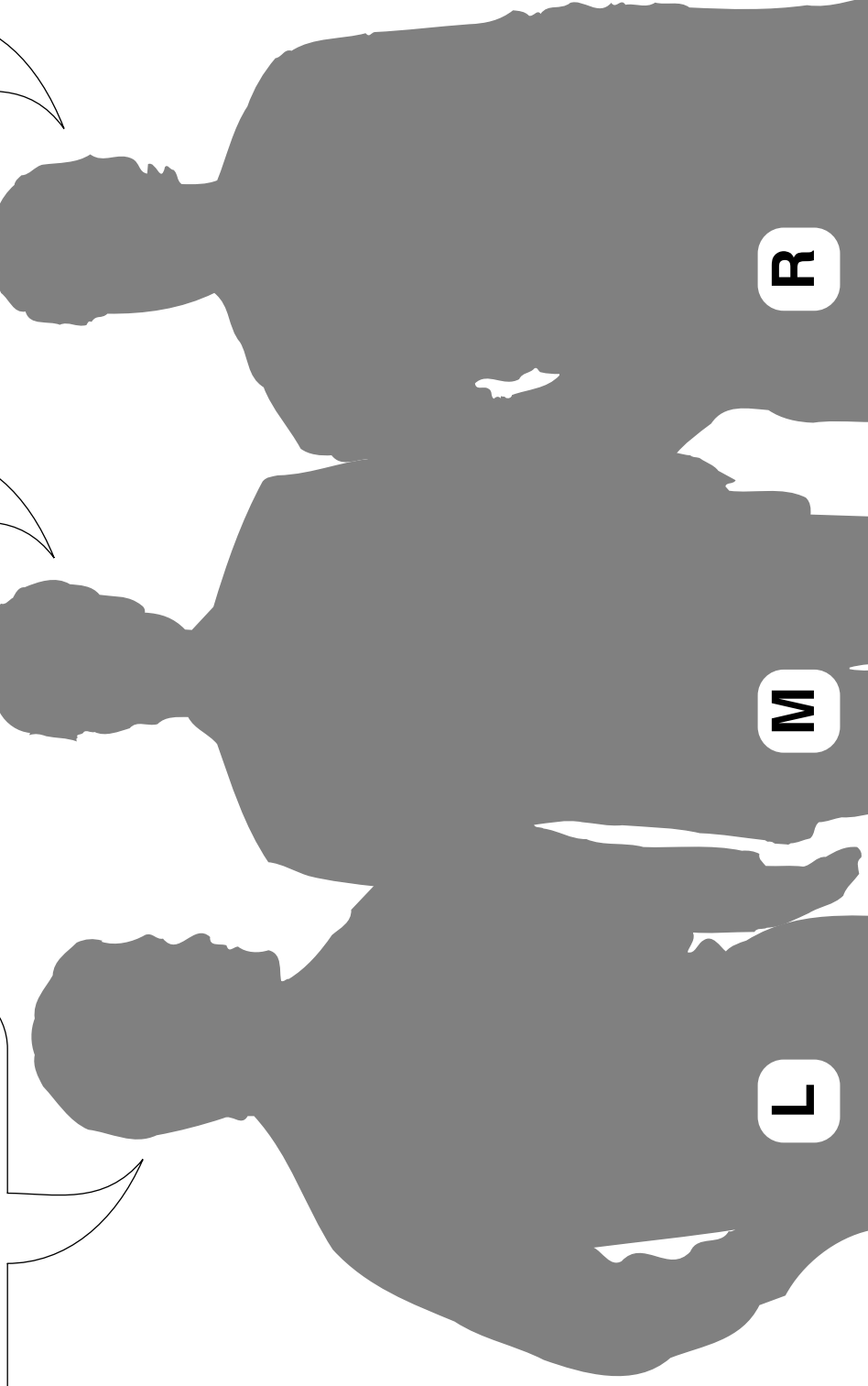
BIS: JAHRE

KEINE ANGABE Y

"Die Älteren profitieren mehr von den Jüngeren, denn die Jüngeren müssen mit ihren Beiträgen zur Renten- und Krankenversicherung den größten Teil der Krankheitskosten und Renten tragen."

"Die Jüngeren profitieren mehr von den Älteren, denn die Älteren haben den Wohlstand geschaffen, den wir heute haben. Außerdem haben sie der jüngeren Generation eine gute Ausbildung und vieles andere mehr finanziert."

"Ältere und Jüngere profitieren gleichermaßen voneinander. Die Älteren haben viel für die Jüngeren getan, und die Jüngeren tun heute viel für die Älteren."



L I S T E 2

- (1) Die Leute werden in Zukunft länger arbeiten müssen, nicht mehr so früh in Rente gehen können
- (2) Es wird in Zukunft nur noch eine geringe Grundrente geben, man wird verstärkt privat für das Alter vorsorgen müssen
- (3) Junge Menschen werden in der Gesellschaft immer weniger Einfluss haben
- (4) Es wird zu Spannungen zwischen Jungen und Alten kommen
- (5) Die Beiträge für die Rentenversicherung werden deutlich steigen
- (6) Die Krankenkassenbeiträge werden steigen
- (7) Unsere sozialen Sicherungssysteme geraten in Gefahr zusammenzubrechen
- (8) Es werden immer mehr Krankenhäuser zusammengelegt
- (9) Die Politiker richten sich immer mehr nach den Bedürfnissen und Wünschen der älteren Generation
- (10) Es wird sich nicht viel ändern
- (11) Es werden immer mehr Ausländer ins Land kommen müssen, um die fehlenden Arbeitskräfte zu ersetzen
- (12) Viele junge Menschen werden vom Land in die Städte ziehen
- (13) Die gesetzlichen Krankenkassen werden weniger Leistungen übernehmen als heute
- (14) Es wird zu Zusammenlegungen von Schulen kommen
- (15) Für junge Menschen werden die Chancen auf dem Arbeitsmarkt immer besser
- (16) Die Unternehmen werden sich stärker darum bemühen, ihre Mitarbeiter zu halten
- (17) Es wird einen Fachkräftemangel geben
- (18) Die Infrastruktur auf dem Land wird sich verschlechtern, z.B. der öffentliche Personennahverkehr, die Einkaufsmöglichkeiten, die Versorgung mit Krankenhäusern

L I S T E 3

Was halten Sie für besonders wichtig, um die Auswirkungen des demographischen Wandels in den Griff zu bekommen?

- (1) Verstärkt Pflegekräfte ausbilden
- (2) Höheres Renteneintrittsalter
- (3) Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit beide Elternteile Vollzeit arbeiten können
- (4) Mehr Anreize für private Altersvorsorge schaffen
- (5) Ältere Beschäftigte möglichst lange im Betrieb halten, z.B. durch spezielle Arbeitsformen wie Altersteilzeit
- (6) Verstärkt Fachkräfte aus dem Ausland anwerben
- (7) Die Staatsverschuldung abbauen, um die Belastungen für die jüngere Generation zu senken
- (8) Möglichkeiten und Anreize schaffen, damit mehr Menschen auch im Rentenalter weiterarbeiten
- (9) Bei politischen Entscheidungen darauf achten, dass keine Generation benachteiligt wird
- (10) Altersgerechtes Wohnen stärker fördern
- (11) Junge Familien stärker unterstützen
- (12) Die gegenseitige Unterstützung und das Zusammenreffen von älteren und jüngeren Generationen fördern, z.B. durch Mehrgenerationenhäuser
- (13) Die Sozialbeiträge für Arbeitnehmer erhöhen, z.B. die Krankenkassenbeiträge, da es immer weniger junge Menschen gibt, die einzahlen
- (14) Familien fördern, die ihre Angehörigen selbst pflegen
- (15) Ehrenamtliches Engagement älterer Menschen fördern